

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 36. Sitzung des Ortsbeirates Loschwitz (OBR Lo/036/2013)

am Mittwoch, 18. September 2013,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Loschwitz, Beratungsraum, 2. Etage,
Grundstraße 3, 01326 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

22:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Sylvia Günther

Mitglied Liste CDU

Berndt Dietze

Ralph Kühn

Mitglied Liste DIE LINKE

Hans-Jürgen Burkhardt

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Deppe

Cornelia Munzinger-Brandt

Mitglied Liste SPD

Uwe Detemple

Otto-R. Wenzel

Mitglied Liste FDP

Dietmar Fischer

Mitglied Liste Freie Bürger

Martin Wosnitza

Stellvertretende Mitglieder

Jens Beyer

Bernd Weber

Vertretung für Herrn Markus Ullmann

Vertretung für Herrn Dr. Hartmut George

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Dr. Hartmut George

Markus Ullmann

Verwaltung:

Frau Verch

Herr Herm

Frau Backhaus

SB Grünordnungsplanung

SGL Vorber. Bauleitplanung u. Rahmenkonzepte

SB FNP Bereich Süd

Gäste:

Frau Dr. Kaufmann

Herr Dr. Lames

Herr Dr. Krase

Stadträtin DIE LINKE

Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat

Kustos für Fotografie und Kinematografie

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|-----|---|------------------------------|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift zur 35. Ortsbeiratssitzung am 03.07.2013 | |
| 2 | Vortrag zu John H. Noble | |
| 3 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 3.1 | Entwurf Landschaftsplan Dresden in der Fassung vom April 2013 | V1286/11
beratend |
| 3.2 | Entwurf zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtgrenzen vom 1. Januar 1999 | V1829/12
beratend |
| | hier: | |
| | 1. Billigung der Abwägung über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung | |
| | 2. Billigung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes | |
| | 3. Billigung der Begründung mit Umweltbericht zum Entwurf des Flächennutzungsplanes | |
| | 4. Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes | |
| 3.3 | Vorbeugender Hochwasserschutz braucht Vorrang: Nachhaltigen Hochwasserschutz gewährleisten | A0750/13
beratend |
| 3.4 | Bauplanungen in hochwassergefährdeten Gebieten überprüfen - Hochwasservorsorge ernst nehmen | A0755/13
beratend |
| 3.5 | Auswertung Hochwasserereignisse Juni 2013 | A0756/13
beratend |
| 4 | Empfehlung zur Straßenneubenennung am Lahmann-Sanatorium | |
| 5 | Empfehlung zur Straßenneubenennung an der Malerstraße (ehemalige Helios-Klinik) | |
| 6 | Informationen der Ortsamtsleiterin | |
| 7 | Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte | |

öffentlich**Einleitung:**

Die Ortsamtsleiterin (OAL), Frau Günther, eröffnet die 36. Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates (OBR) fest. Die Einladung ist den OBR form- und fristgerecht zugegangen. Herr Burkhardt beantragt den TOP 4 nach dem TOP 2 zu behandeln. Dagegen gibt es keine Einwände.

1 Kontrolle der Niederschrift zur 35. Ortsbeiratssitzung am 03.07.2013

Gegen die Niederschrift zur 35. Sitzung werden keine Einwände erhoben. Herr Wenzel und Herr Kühn werden um Unterzeichnung gebeten.

2 Vortrag zu John H. Noble

Frau Günther erinnert an den mehrheitlichen Wunsch der OBR, die verfügbaren Erkenntnisse zu hören und ggf. die Entscheidung vom 15.05.2013 zu revidieren.

Herr Dr. Krase stellt sich als Kustos für Fotografie und Kinematografie der Technische Sammlungen Dresden vor. Anlässlich einer Ausstellung zu den Kamerawerken Guthe & Thorsch hat er sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Er betont keinen Vortrag zur Person Noble zu halten, sondern nur auf diese Teilaspekte einzugehen.

Hierzu bedient er sich Eigenaussagen Nobles, die er anhand anderer Quellen widerlegt.

So sei die Kleinbild-Spiegelreflexkamera „Praktiflex“ vom Eigentümer der Firma Kamerawerkstätten Benno B. Thorsch und Alois Hoheisel konstruiert. Die Mitwirkung an der hochkomplexen Entwicklung einer Kamera scheidet aufgrund mangelnder Voraussetzungen (siebzehnjährig mit Ausbildung im kaufmännischen Bereich) aus.

In einem Zeitungsinterview 1992 behauptet J. Noble, dass die nach Kriegsende hergestellten 50.000 Kameras durch die sowjetische Militäradministration beschlagnahmt wurden. Tatsächlich handelte es sich um einen Produktionsvertrag mit eben jenen, der mangels technischer und materieller Grundlagen nicht erfüllt werden konnte.

Auch an der Entwicklung von Praktiflex I und II konnte er nicht beteiligt gewesen sein, da er und sein Vater Charles A. Noble im Juli 1945 widerrechtlich verhaftet und interniert worden waren. Die Entwicklung erfolgte durch Konstrukteur Siegfried Böhm, welcher auf Anforderung der sächsischen Landesregierung in die inzwischen staatlich verwalteten und enteigneten Kamerawerkstätten beordert wurde. Der inzwischen 92jährige Patentträger würde dies auch eidesstattlich erklären. Dieser ist auch als Chefkonstrukteur an der Entwicklung der „Praktica“ und „Praktina“ beteiligt gewesen.

Er kommt zu dem Fazit, dass es aus fachlicher Sicht bzw. nach historischer Beurteilung keine Beiträge von John Noble zur Entwicklung der Kameraindustrie in Dresden und Umgebung zu konstatieren gibt.

Es folgen Darstellungen, welche sich mit der rechtlichen Auseinandersetzung zwischen Noble und Thorsch zur Klärung offener Vermögensansprüche beschäftigen. Diese ergaben sich aus einem Firmentausch aus dem Jahr 1938.

In einem US-Gerichtsverfahren 1981 vertrat J. Noble die Haltung, sein Vater habe fair und ehrenwert gehandelt und sich keine Vorteile aufgrund einer Nähe zum Nationalsozialismus verschafft habe. Die Kommission schätzte ein, dass der Zwangsverkauf der Kamerawerkstätten in einem Klima der Verfolgung geschehen war und dass jeglicher Verkauf von jüdischem Besitz zu dieser Zeit unter auch nicht annähernd fairen Marktbedingungen erfolgte (Verhältnis 1:9). Daher habe Charles Noble keinen gültigen Anspruch auf den Besitz an den Kamerawerkstätten erworben.

Ein weiteres Verwaltungsverfahren wurde 1994 durch das Sächsische Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen durchgeführt. Die Behörde war lange Zeit davon ausgegangen, dass Ben B. Thorsch verstorben sei. Dies beruhte auf Angaben John Nobles, dass der sehr betagte Herr Thorsch in Detroit verstorben sei und wohl erbenlos geblieben war. Dieser war noch am Leben und hatte zwei Kinder. Aus Sicht von Herrn Dr. Krase behinderte Noble damit aktiv eine rechtliche Klärung der Besitzansprüche.

Frau Munzinger-Brandt sieht in dem Vortrag eine bedeutende Ergänzung zu den bisher vorliegenden Unterlagen. Sie empfiehlt einen Namen zu wählen, zu dem der OBR zweifelsfrei stehen kann. Sie spricht sich daher dafür aus, das Votum vom 15.05.2013 zurückzuziehen.

Herr Fischer erinnert daran, dass die Intension für die Straßenbenennung nicht auf der Entwicklung der Kamera lag, sondern auf John Nobles Engagement als Zeitzeuge totalitärer Systeme. Er betont, dass das angesprochene Tauschgeschäft durch dessen Vater durchgeführt wurde. Insbesondere das angesprochene Tauschverhältnis von 1:9 zweifelt er an. Herr Dr. Krase erklärt, dass dieser Rechnung die Zeitwerte unter Berücksichtigung der Tauschkurse von Reichsmark und Dollar zugrunde gelegt wurden. Da kein schriftlicher Tauschvertrag existiert, konnten die getauschten Objekte nicht vollständig nachvollzogen werden.

Herr Wenzel schlägt vor zunächst über den Beschluss vom 15.05. aufzuheben und ggf. dann unter TOP 4 in Ruhe einen neuen Namensvorschlag zu finden.

Frau Günther bittet den OBR um Abstimmung, ob die Straßenbenennung „John-Noble-Ring“ aufzugeben ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

10 Ja 1 Nein 0 Enthaltung

3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

3.1 Entwurf Landschaftsplan Dresden in der Fassung vom April 2013

**V1286/11
beratend**

Frau Günther erinnert daran, dass die Vorentwürfe zum Landschaftsplan (LSP) und Flächennutzungsplan (FNP) im Mai 2008 dem OBR vorgestellt worden sind. Zur Vorstellung des Entwurfs des LSP begrüßt sie Frau Verch.

Der LSP ist ein Fachplan für die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege im gesamten Stadtgebiet. Er bildet die ökologische Grundlage für die Bauleitplanung, insbesondere für die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Anordnung von Ausgleichsflächen. Seine Darstellungen werden grundsätzlich in den FNP übernommen. Seine Festsetzungen entfalten

keine direkte Verbindlichkeit, sondern dienen als Abwägungsgrundlage. Weicht der FNP von den Festsetzungen des LSP ab, sind diese jeweils zu begründen.

Durch die erfolgten Eingemeindungen existieren neben dem LSP für das Stadtgebiet auch noch diverse Landschaftsschutzpläne der Ortschaften. Indem ein einheitlicher LSP für das gesamte Stadtgebiet erstellt wird, sollen auch abweichende Darstellungssystematiken harmonisiert werden.

Der LSP umfasst neben einer schutzgutbezogenen Analyse des Stadtgebietes auch die Fachleitbilder für Boden, Wasser, Stadtklima, Biotope und des Landschaftsbildes. Daraus wurde das Strategische Leitbild „Dresden – die kompakte Stadt im ökologischen Netz“ entwickelt. Dieses langfristige Zielkonzept integriert die allgemeinen Grundsätze nachhaltiger Entwicklung mit den einzelnen Fachzielen. Dadurch soll eine kompakte Siedlungsstrukturen und gleichzeitig ausreichende Freiräume zur Gewährleistung der ökologischen Funktionen gewährleistet werden. Die ökologisch bedeutsamen Flächen bilden idealerweise eine Netzstruktur, innerhalb derer bebaute Zellen existieren. Zur Realisierung des Leitbildes wurde ein Entwicklungs- und Maßnahmenkonzept erstellt.

Frau Verch spricht die besondere Bedeutung der Loschwitzer Kaltluftentstehungsflächen für das Stadtklima an. Daher sollte in diesen sensiblen Bereichen keine neue Bebauung erfolgen.

Frau Günther erkundigt sich, ob es im Vergleich zum LSP 1997 gravierende Änderungen gegeben hat. Gravierende Änderungen habe es nicht gegeben, die Überarbeitung beruht maßgeblich auf der Erstellung des FNP, so Frau Verch.

Herr Dr. Deppe interessiert welche konkreten Konflikte durch den LSP aufgezeigt werden. Frau Verch erklärt, dass es in Loschwitz nur zwei Flächen gibt, auf denen es einen Konflikt zwischen den Festsetzungen des LSP und FNP gibt.

Herr Dr. Liebold (stellvertretender OBR, hier als Bürger) weist darauf hin, dass die Steckbriefe zu den Konfliktflächen in den Unterlagen nicht abgebildet sind, da sie Bestandteil der Umweltprüfung des Flächennutzungsplanes sind.

Da alle Fragen beantwortet wurden, bringt Frau Günther die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3.2 Entwurf zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtgrenzen vom 1. Januar 1999

**V1829/12
beratend**

hier:

- 1. Billigung der Abwägung über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung**
- 2. Billigung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes**
- 3. Billigung der Begründung mit Umweltbericht zum Entwurf des Flächennutzungsplanes**
- 4. Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes**

Frau Günther begrüßt Herr Herm und Frau Backhaus zur Vorstellung des FNP-Entwurfes.

Der FNP soll die Art der Bodennutzung für die Gesamtstadt in den Grundzügen nach den voraussehbaren Bedürfnissen darstellen. Der derzeit gültige FNP deckt durch die Eingemeindungen nicht das komplette Stadtgebiet ab und hat den Planungshorizont 2005 schon lange

überschritten. Zudem existiert als übergeordnete Planung seit 2009 ein neuer Regionalplan, weshalb eine Überarbeitung dringend geboten war.

Die verschiedenen Nutzungsansprüche müssen durch den FNP als Mittel der vorbereitenden Bauleitplanung möglichst harmonisch und zum Wohle der Gesamtstadt in Einklang gebracht werden. Der Hauptplan wird durch die Begründung konkretisiert. Diese enthält den Begründungstext, 19 Beipläne und einen Umweltbericht.

Der Vorentwurf wurde im Herbst 2009 öffentlich ausgelegt. Insgesamt gingen über 800 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie 2.348 einzelne Anregungen und Hinweise vor allem aus der Bürgerschaft ein. Diese wurden gesichtet, analysiert und teilweise übernommen. Er betont, dass der vorgestellte LSP nur einer von diversen Fachplanungen ist, deren Belange in den FNP einfließen und abgewogen werden müssen.

Da das gesamte Stadtgebiet auf einem Plan abgebildet werden soll, wurde der Maßstab auf 1:15.000 angehoben. Dies hat zur Folge, dass grundsätzlich nur noch Flächen ab zwei Hektar dargestellt werden. Eine Ausnahme bilden Grünflächen, welche bereits ab einem Hektar berücksichtigt werden. Im Bezug auf das anhaltende Bevölkerungswachstum wurden verstärkt innerstädtische Flächen mit Entwicklungspotenzialen untersucht. Es wurde nachgewiesen, dass der Bedarf, der voraussichtlich 2025 seinen Höhepunkt erreichen wird, gedeckt werden kann. Im Ortsamtsgebiet Loschwitz liegt das Wohnbaupotenzial nur bei ca. 26 Hektar (5% der bereits bebauten Fläche).

Frau Backhaus betont den besonderen Stellenwert von Loschwitz für das Orts- und Landschaftsbild sowie für den Tourismus der Stadt Dresden. Das Ortsamtsgebiet ist stadtplanerisch sehr stabil. Derzeit existieren drei größere Planungsvorhaben. Dies ist zum einen die Innenentwicklung von Wohnbauflächen in Bereich Bühlau/ Rochwitz und der Ausbau eines wohnnahes Zentrums in Bühlau. Hierfür sieht der FNP die Verkehrsentlastung des Ullersdorfer Platzes durch Straßenbahnverlängerung nach Weißig, die Erweiterung Gymnasium und Verlagerung P+R-Platz sowie diverse Brachennutzungen vor.

Zudem erfolgt eine „nachrichtliche Übernahme“ des Vorranggebiets Rohstoffabbau nach Regionalplan 2009 für den Kiesabbau in Söbrigen.

Dieses wurde aus planerischen und naturschutzfachlichen Gründen seitens der Landeshauptstadt Dresden abgelehnt, muss aber aufgrund des übergeordneten Regionalplanes übernommen werden.

Herr Wenzel erkundigt sich u. a., weshalb der geplante neue P+R-Platz nicht abgebildet wurde. Dies ist deshalb der Fall, weil im Hauptplan nur Flächen von mehr als 2 Hektar abgebildet werden.

Herr Burkhardt sieht mit dem genannten hohen Wohnbauflächenpotenzial in Schönfeld-Weißig zunehmende Verkehrsbelastungen für Loschwitz verbunden. Herr Herm versteht diese Befürchtungen, geht aber davon aus, dass die Kapazität der Verkehrsachsen ausreichen.

Herr Detemple stellt den Ergänzungsantrag mit folgendem Wortlaut:

„5. Die Darstellung des Kiesabbaus erfolgt ausschließlich nachrichtlich.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Frau Günther bringt die ergänzte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3.3 Vorbeugender Hochwasserschutz braucht Vorrang: Nachhaltigen Hochwasserschutz gewährleisten

A0750/13
beratend

Frau Günther begrüßt die Stadträtin Frau Dr. Kaufmann zur Vorstellung des Antrags der Fraktion DIE LINKE.

Der Antrag zielt darauf ab, diesen Schutz auch in den Gebieten zu gewährleisten, in denen die Fertigstellung noch nicht erfolgte oder entsprechende Maßnahmen noch nicht vorgesehen sind.

Für potenzielle Baugebiete, die 2013 überschwemmt wurden, sollten vor Baubeginn in Abstimmung mit der Landestalsperrenverwaltung Hochwasserschutzkonzepte erarbeitet werden.

Für die Gebiete, die bisher nicht gegen ein hundertjähriges Hochwasser geschützt sind, sollten erneut geprüft werden, ob ein Hochwasserschutz sinnvoll und notwendig ist. Die entsprechenden Planungsprozesse sollen transparent durch Bürgerbeteiligungsverfahren geführt werden.

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten sollten Baugenehmigungen und Bauleitverfahren solange ausgesetzt werden, bis Hochwasserschutzkonzepte vorliegen. Falls die Stadt Baurecht schafft, ist es wahrscheinlich, dass dieses durch übergeordnete Behörden aufgehoben werden würde. Als Beispiel nennt Frau Kaufmann die sogenannte Hafencity. Zudem soll geprüft werden, ob ausgewiesenes Bauland zu Hochwasserrückhalteflächen umgewidmet werden kann.

Frau Günther gibt zu bedenken, dass eine Aussetzung der Bauleitverfahren im Ortsamtsgebiet direkte Auswirkungen auf Vorhaben wie den Elbeparkplatz sowie den Elberadweg hätte.

Es entsteht eine lebhafte Diskussion, ob Hochwasserschutzmaßnahmen in den betroffenen Loschwitzer Gebieten überhaupt möglich sind. Herr Dr. Deppe ist der Meinung, dass die Formulierung des Punktes 1 ein Ziel begehrt, welches in Loschwitz nicht umsetzbar sei. Es herrscht Einigkeit, dass für einen HQ 100 Schutz Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stehen.

Frau Günther bringt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 3 Nein 1 Enthaltung 5 Befangen 0

3.4 Bauplanungen in hochwassergefährdeten Gebieten überprüfen - Hochwasservorsorge ernst nehmen

A0755/13
beratend

Der Stadtrat Dr. Peter Lames stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor.

Dieser sieht die Auflistung aller Planungs- und Bauvorhaben, welche derzeit bei einem Jahrhunderthochwasser ungeschützt sind, vor. Dem Stadtrat sollen dann Handlungsempfehlungen zur Entscheidung der einzelnen Sachverhalte vorgelegt werden.

Punkt 3 sei missverständlich formuliert. Natürlich müssen Baugenehmigungen erteilt werden, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Verwaltung solle sich in diesen Fällen ausreichend Bedenkzeit einräumen und besondere Sorgfalt walten lassen.

Zudem sollte bis zur vollständigen Auswertung der Hochwasserereignisse auf die Einleitung von Bebauungsplanverfahren verzichtet werden. Damit soll Klarheit für die Bürger und Investoren geschaffen werden.

Ferner sieht der Antrag die Einberufung von Bürgerversammlungen in den am stärksten betroffenen Gebieten vor.

Um dem Hochwasserschutz einen höheren Stellenwert einzuräumen, schlägt der Antrag vor, dem Umweltamt ein besonderes Veto-Recht einzuräumen. Hierzu kann sich Herr Lames beispielsweise eine Ausgestaltung analog zum Widerspruchsrecht des Bürgermeisters gegen möglicherweise nachteilige Beschlüsse des Stadtrates vorstellen.

Herr Burkhardt spricht sich dafür aus, Wohnflächen die immer wieder von Überflutungen betroffen sind sukzessive, durch die öffentliche Hand aufzukaufen und die Gebäude zu beseitigen.

Die OAL bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3.5 Auswertung Hochwasserereignisse Juni 2013

**A0756/13
beratend**

Herr Dr. Deppe übernimmt die Vorstellung des Antrags der Fraktion B'90/ Die Grünen.

Dieser sieht die Einberufung von Einwohnerversammlungen in allen Ortsamtsbereichen zur Auswertung der Hochwasserereignisse vor. Dabei sollen die Erkenntnisse der Stadtverwaltung sowie die auf diversen Onlineplattformen eingestellten Anregungen und Kritikpunkte gebündelt dargestellt werden. Die Bürgerbeteiligung sollte dabei auch online und postalisch ermöglicht werden.

Herr Kühn spricht sich dafür aus, statt der förmlichen Einwohnerversammlung besser Bürgerversammlungen durchzuführen. Dies hätte den Vorteil, dass diese selbstständig durch die Ortsämter für die einzelnen betroffenen Bereiche organisiert werden können.

Frau Munzinger-Brandt hält entgegen, dass die Ergebnisse einer Einwohnerversammlung dem Stadtrat vorgestellt werden, was bei Bürgerversammlungen nicht geschieht.

Frau Günther gibt zu bedenken, dass es auch Ortsämter gibt, die nicht oder kaum von dem Hochwasserereignis betroffen waren.

Der Antrag wird daher wie folgt präzisiert:

*„1. in allen **betreffenen** Ortsamtsbereichen und den betroffenen Ortschaften Einwohnerversammlungen zur Auswertung der Hochwasserereignisse vom Juni 2013 durchzuführen. [...]“*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Frau Günther bringt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

4 Empfehlung zur Straßenneubenennung am Lahmann-Sanatorium

Die OAL erinnert an die Vorschläge und Diskussionsergebnisse aus der vergangenen Sitzung.

Herr Dietze erklärt, dass es in Dresden noch keine Straße gibt, die den Literaturnobelpreisträger Hermann Hesse ehrt. Dieser sei wahrscheinlich auch Gast im Lahmann-Sanatorium gewesen. Der Vorschlag stößt auf breite Zustimmung.

Frau Munzinger-Brandt unterstützt den Vorschlag ausdrücklich. Dennoch spricht sie sich aus, falls Gründe der Benennung entgegenstehen, eine Straßenbenennung nach einer Frau als Alternativvorschlag festzulegen.

Herr Detemple schlägt Dr. Agnes Martens-Edelmann für die Benennung vor. Diese war die erste Quäkerin in Dresden und eine der ersten Juristinnen im Justizdienst. Die bekennende Antifaschistin lebte mit ihrem Mann auf der Straußstraße 3 im Weißen Hirsch.

„2. Als Namensvorschlag für die entstehende Straße im Dr. Lahmann Park wird

„Hermann-Hesse-Ring“ vorgeschlagen.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Als Namensalternative schlägt Herr Dietze Antonia-Dietrich, als eine der größten Dresdner Schauspielerinnen, vor.

„3. Als nachrangiger Alternativvorschlag für die entstehende Straße wird

„Antonia-Dietrich-Ring“ vorgeschlagen.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5 Empfehlung zur Straßenneubenennung an der Malerstraße (ehemalige Helios-Klinik)

Herr Dr. Deppe knüpft an seine Furredede aus der vergangenen Sitzung an. Er schlägt vor, die Straße nach der deutschen Ärztin und Kämpferin für das Frauenstudium Franziska-Tiburtius zu benennen.

Hierzu gibt es keine Einwände oder Gegenvorschläge.

„Als Namensvorschlag für die entstehende Straße an der Malerstraße wird

„Franziska-Tiburtius-Straße“ vorgeschlagen.“

6 Informationen der Ortsamtsleiterin

Frau Günther informiert über:

- den aktuellen Stand der Planung zum P+R Platz. Der Eigentümer des Flurstückes neben der Tankstelle hat ihr mitgeteilt, dass dieses Grundstück nicht mehr zum Verkauf steht, da dort ein Lebensmittelmarkt entstehen soll.
- den geplanten Ersatzneubau der Schule in Rochwitz. Die restaurierte historische Turmuhr soll in das neue Gebäude integriert werden. Die Planung soll dem OBR vorgestellt werden.
- einen Vorschlag für die Sitzungstermine 2014. Diese sollen in der kommenden Sitzung beschlossen werden.
- die Bürgerversammlung zum Hochwasser in Pillnitz am 19.09.2013.
- Informationsvorlage V2387/13 zur „Dresdner Debatte“ (Verbindung von Online-Diskussion mit Vor-Ort-Präsenz und Veranstaltungen) zum Verkehrsentwicklungsplan 2025plus vom 12.09. - 19.10. 2013
- Beschluss zum Antrag A0686/12 „Dresden fördert bürgerschaftliches Engagement,, Hier fand eine starke Änderung zum Originalantrag statt.
- Informationsvorlage V2224/13 - Prioritätenprogramm zum Bau von Gehwegen wurde beschlossen. Diese Liste wird kontinuierlich fortgeschrieben, dabei werden die Anmerkungen der Ortsbeiräte berücksichtigt.

7 Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Frau Günther beantwortet die Anfragen von Herrn Wenzel und Herrn Dr. Deppe.

Neue Anfragen gibt es keine.

Sie dankt den OBR und schließt die Sitzung.

Sylvia Günther
Vorsitzende

Clemens Höhne
Schriftführer

OBR-Mitglied

OBR-Mitglied